

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Samstag und Sonntag nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus für sechs Monate 2.50 Mk., bei halbjähriger Zahlung 4.00 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N 23, G, Schiffbauerdamm 10 III. Verlagsdruckerei: Amt Nordens 2893 und 2896.

„Freiheit“ liefert bis auf weiteres, wenn keine Anweisung erfolgt, in der Regel 50 Pfg. ab, wenn der Abonnent die Postgebühren nicht zu zahlen wünscht, sind die Postgebühren zu zahlen. Expedition: Berlin N 23, G, Schiffbauerdamm 10. Verlagsdruckerei: Amt Nordens 2893 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verhaftung der Streikleitung.

Der Generalfreist im Ruhrgebiet.

Über die Lage des Streiks im Ruhrgebiet liegen heute nur wenige amtliche Meldungen vor. Der private Fernsprecherverkehr mit Essen ist, wie uns heute vormittag vom Fernsprechamt mitgeteilt wurde, unterbrochen. Gründe dafür waren nicht zu erfahren. Wir wollen einstweilen nicht annehmen, daß sie mit der Verhaftung der Reunerkommission in Zusammenhang stehen, aber auffällig ist dieses Zusammenfallen auf jeden Fall.

Während die Erklärung des Regierungs-Kommissars Sebring, die wir gestern im Wortlaut wiedergegeben haben, betont, nur an die Einsicht appellieren zu wollen und Gewalt nur dort in Anwendung zu bringen, wo unvermeidliche Elemente dazu auffordern, ist gestern die Verhaftung der Mitglieder der Reunerkommission, das heißt, die Verhaftung der Streikleitung, erfolgt. Selbst die amtliche Berichterstattung vermag hierfür keinen anderen Grund anzugeben, als daß sie einer Einladung zu Verhandlungen nicht Folge gegeben hätten. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß diese Darstellung richtig ist. Die Verhaftung der Streikleitung zeigt, daß die Regierung auch in diesem Fall in dem, daß der Besondere der Streikleitung, bisher jeder Zusammenstoß und jede Unterbrechung in diesem gewaltigen Streik vermieden worden ist, ihr Vergehen den ruhigen Verlauf der Bewegung stark gefährdet.

Als Erklärung für dieses gefährliche Verhalten der Regierung bleibt keine andere Deutung übrig, als daß sie hierdurch ihre Niederlage gegenüber den Bergarbeitern zu vertuschen bestrebt ist. In den Verhandlungen mit den Organisationen der Bergarbeiter und der Unternehmer ist die sofortige Einführung des 7-Stunden-tages einschließlich Ein- und Ausfahrt für die unter Tage arbeitenden Bergarbeiter zugestanden worden. Erinnert man sich, daß die Regierung jegliches Zugeständnis auf die schärfste abgelehnt hat und daß noch gestern auf dem Rückwege der Reichsbergbau- und Bergbau-Verhandlungen auf die schärfste abgewiesen hat, so ergibt sich, daß die Regierung durch die Verhaftung der Bergarbeiter gezwungen worden ist, nachzugeben. Sie hat im Kampf gegen die Bergarbeiter eine empfindliche Niederlage erlitten.

Die Verhaftung der Reunerkommission.

Essen, 9. April.

Die Mitglieder der Reunerkommission waren zu Verhandlungen mit dem Reichskommissar eingeladen, aber dieser Einladung nicht Folge geleistet. Am letzten Abend wurden die Mitglieder der genannten Kommission, soweit sie sich hier befanden, von Truppen des Reichskorps Lichtschlag im Auftrag der Reichsregierung verhaftet.

Nach der Verhaftung wurden die Reunerkommissionen von Zivilisten angegriffen, so daß sich in der Nähe des Hauptbahnhofes eine Schießerei entwickelte. Die Angreifer wurden zerstreut. Kurze Zeit nachher wurden in der Nähe des Hauptbahnhofes auf einem Hause Sandaraten auf die Truppen geworfen, wodurch zwei Zivilisten verwundet wurden. Heute nachmittag wurde auch der Herausgeber des „Spartakus“ E. Stein verhaftet.

Essen, 9. April.

Nach einer Mitteilung des Zentralrats trifft die Berliner Nachricht, daß ein Mitglied der Reunerkommission verhaftet worden sei, nicht zu. — Auf sämtlichen Seiten, mit Ausnahme von vier Schachtanlagen, wird gestreift. 410 000 Mann sind aushändig.

Das Ergebnis der Verhandlungen.

Essen, 9. April.

Eine Konferenz von Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und von Vertretern des Bergarbeiterbundes tagte heute unter dem Vorsitz des Reichsbergbau- und Bergbau-Verhandlungs-Kommissars Sebring sowie von Vertretern des preussischen Handelsministeriums im Rathaus in Essen, um zu der durch den Generalfreist im Ruhrgebiet geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Konferenz kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, daß eine Verfürgung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Grubenarbeiter auf sechs Stunden im Interesse unserer Volkswirtschaft zur Zeit unmöglich ist. Auf ein- und

gende Verfürgung der Vertreter der Bergarbeiterverbände, welche der Meinung Ausdruck gaben, daß ein Entgegenkommen in Bezug auf die Arbeitszeit angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse unbedingt notwendig sei, haben die Vertreter des Bergbau- und Bergbau-Verhandlungs-Kommissars sich bereit erklärt, die siebenstündigen Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter einschließlich Ein- und Ausfahrt zu bewilligen. Durch diese Verfürgung der Arbeitszeit sind die deutschen Bergarbeiter besser gestellt als die englischen. Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage bleibt unverändert. Die Frage, ob eine weitere Verfürgung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter sich erübrigen läßt, soll einer Prüfung durch eine Kommission unterzogen werden, die festzustellen haben wird, ob eine weitere Verfürgung mit Rücksicht auf unsere Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt durchführbar ist.

Verhaftung von Streikposten.

Berlin, 9. April.

Hier fand eine Vertreterkonferenz aller der Ferner Schutzzentrale angeschlossenen Sicherheitswachen des Industriebezirks statt. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an die ferneren Bergleute zur Wiederaufnahme der Arbeit zu richten. In diesem Aufruf wird den Arbeitern rückhaltlos Schutz zugesagt. Die Ferner Sicherheitswache verhaftete im Laufe des Tages eine Anzahl Streikposten.

24 stündiger Generalfreist in Rom.

T. K. Lugans, 10. April.

Die sozialistische Parteileitung in Rom hat für Donnerstag einen einseitigen Generalfreist proklamiert. Der Streik ist als eine Handlung für einen raschen und gerechten Frieden, für schnelle Bewirkung der italienischen Arbeiterforderungen und als Protest gegen die Maßnahmen der deutschen Regierung während der Berliner Notenwoche gedacht.

T. K. Lugans, 10. April.

Nach Informationen des Vertreters der „Liegenschafts-Kompagnie“ hat die Streikbewegung in Italien in den letzten Tagen wiederum erheblich an Ausdehnung gewonnen. Die Arbeiterstreik in der Provinz Modena hat den Generalfreist proklamiert. Auch in Turin hat sich die Zahl der Streikenden um 25 000 Mann erhöht.

Aus Ungarn.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.)

Budapest, 9. April.

Das ungarische Tel.-Burr.-Bureau meldet aus Szeged: Die Tschechen richteten einen Angriff gegen die Stadt Ungvar. Es kam zu blutigen Kämpfen mit den roten Soldaten. Die Tschechen hatten 130 Tote.

Der Streik bei der Deutschen Bank.

Berlin, 10. April.

Zu der gestrigen geheimen Abstimmung in den einzelnen Büros der Deutschen Bank erklärten sich 2126 Beamte gegen den Eintritt in den Streik, während 227 Beamte für den Streik stimmten. Infolge des Umstandes, daß trotzdem heute früh Streikposten der arbeitshilfigen Majorität den Zutritt in die Bank verweigerten und daß es zu Tumulten kam, die ein Dazwischenreten des Militärs zur Folge hatten, wurde die Bank in die Zwangslage gebracht, den Betrieb zu schließen.

Solidarität der Hamburger Bankbeamten.

Hamburg, 9. April.

Die Angestelltenverbände der Hamburger Großbanken haben ihre völlige Solidarität mit den Berliner Kollegen erklärt und das Vorgehen des Verbandes der Berliner Bankbeamten, der Darmstädter Bank Unterstützungen gegen deren Angestellte zu bewilligen, entschieden mißbilligt. Sie sprechen die Erwartung aus, daß die Einführung des Tarifvertrages sofort für das ganze Reich erfolgt, und werden den Kollegen empfehlen, einer Parole der beiden Berufsorganisationen für einen Sympathiestreik Folge zu leisten, wenn die Verhandlungen nicht zum festgesetzten Termin abgeschlossen werden.

Der Generalfreist der Bankangestellten.

Mit den Streifen der Bankbeamten wird uns geküßelt. In dieser Zeit, wo die soziale Revolution die Masse der Arbeitsschmiede immer wieder in den Raum hebt und sie zu neuem Leben und Tätigkeit werden lassen, ist es doch ein wenig bedauerlich, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen preisgegeben, braucht eine Arbeiterbewegung wie die Bankangestelltenbewegung nicht zu befürchten, daß ihr Kampf um höhere Entlohnung und menschenwürdige Existenz unbeachtet bleibt. Wenn die Arbeiter das Bankangestellten streiken, dann tritt jener Moment ein, wo das Wirtschaftsleben nicht nur erschüttert wird, sondern wo es zerbröckelt. Die Bankangestellten sind die Stütze des im Privatwirtschaftssystem allen Gütern ausstehenden Geldes. Sie haben ihre Macht nur durch den Kampf um höhere Entlohnung und menschenwürdige Existenz erworben. In Deutschland ist ihre Macht noch niemals. Der partielle Streik in einer einzelnen Großbank bedeutet für die Banken ein Risiko von vielen Millionen, die in die Konkurrenzinstanzen wandern können. Der Totalstreik der Großbanken, der sich von ansehnlicher auf die Staatskassen und auf das ganze Reich ausbreiten wird, wenn nicht den Forderungen der Angestellten Nachgesehen wird, trägt den Charakter der Unmöglichkeit, das Geschäft, Industrie und Gewerbe, aller wirtschaftlicher Verkehr stören zu lassen.

Die Bankangestellten selbst wurden sich bisher ihrer wirtschaftlichen Macht nicht bewusst. Sie haben immer nur ihren Namen mit Millionen verbunden und sich als dienende Bediensteten mit den Profanen begnügt, die vom Tische der Reichsten aller Reichsten sollen. Ihre schmeicheleigenen Eitelkeiten, das bessere Wissen, aus dem sie zum Teil herauskommen, und der letzte Mäher einer früher einmal vielleicht vorhandenen patriarchalischen Gesellschaft des Dienstverhältnisses haben dazu beigetragen, ihnen die bürgerliche Ideologie und jenen Dünkel, keine Arbeiter wie alle anderen zu sein, zu erhalten. Nunmehr sind sie zu einem Zeitpunkt in ihren Lohnstreik eingetreten, wo das Bewußtsein, das in ihnen bisher die willkürlichen Diener erblickte, einem neuen, besseren, dem Sozialismus weichen soll.

Es ist eine Ironie des Wirtschaftslebens, daß ausgerechnet die Schicht von Angestellten am weitesten in ihrer politischen Auffassung zurückgeblieben ist und der Bourgeoisie die willkürliche Gefolgschaft geleistet hat, die in dem System einer organischen Erfassung des Volkswirtschaftens und einer zentralistischen Zusammenfassung aller Kräfte Konstitution und Kontrollinstanz abzugeben hätte für alles das, was sich in dem weitverbreiteten Wirtschaftsorganismus des Sozialismus abspielte.

Es ist hier nicht der Ort, die Umstellung des Bankbetriebes auf eine sozialistisch orientierte Wirtschaft näher zu untersuchen. Nur soviel sei gesagt, daß keine Wirtschaftsordnung dieser technischen und volkswirtschaftlich hoch qualifizierten Arbeiter mehr bedarf, als gerade diejenigen, die kontrollierend und regulierend in den langsamsten Produktions- und Verteilungsprozessen einzuwirken müssen. Der Streik der Bankangestellten, ihre passive Resistenz bedeutet daher letzten Endes, auch wenn im Oberbewußtsein dieser Schicht wirtschaftliche Forderungen zum Ausdruck gelangen, die Aufbaumana und Empörung der Arbeiter gegen die Macht des Kapitals. Und es ist eine zwanagsjährige Entwicklung, daß sich dieser Generalfreist in dem Augenblick in die Tat umsetzt, wo das Kapital gerade dieser Gruppe am dringendsten bedarf. Sicher ist aber auch eins, wenn in diesen Notständen durch die Schuld der Bankangestellten, dieser heimlichen Kapitalistenhelfer, die heute wohl mit einigen wenigen Industriemagnaten die ungekrönten Könige des Wirtschaftslebens bilden, die Zirkulation des Geldes behindert wird, dann werden sich Millionen von Arbeitern aufheben und ihnen drohend die Hände entgegenstrecken. Und nicht bloß die Arbeiter werden ihnen in den Arm fallen, sondern auch das bürgerliche Publikum, das in der Bank keine Stelle wohl bekommt.

